

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei allen Postbezügen monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Strichband für Deutschland 4.80 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate lesen die achtseitige, Unparzellierte oder deren Raum 1,20 M., Wertzeitung das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leerungszuschlag 10 Pf., bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen 1/2 des Zuschlag fest. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das revolutionäre Proletariat Groß-Berlins!

Der Militarismus feiert unter dem Protektorat der Scheinsozialisten fröhliche Urständ, die Kriegsbeher glauben ihre Zeit nahe und demonstrieren unter Duldung der Regierung für Hindenburg und Ludendorff.

Im 13. Monat der deutschen Revolution

am dies geschehen, weil das Proletariat schweigt. Nun ist es an der Zeit, die unbefiegbare Stimme des arbeitenden Volkes zu erheben gegen monarchistische Reaktion und Militarismus.

In 60 öffentlichen Versammlungen der U. S. V. D. wird die Berliner Arbeiterschaft am Sonntag zeigen, daß sie nicht gewillt ist, dem reaktionären Unfug weiter tatenlos zuzusehen.

Eine Kundgebung muß es werden, die den Willen des ganzen Proletariats zum Ausdruck bringt und den Reaktionären jede Hoffnung raubt. Deshalb erscheint am Sonntag in Massen, wie sie Berlin nie gesehen hat.

Gegen die Reaktion, für die soziale Revolution!

Der Leipziger Parteitag.

Es nunmehr mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, daß eine erneute Verkehrsperre der Abhaltung des Parteitages nicht hinderlich sein wird, ist der Beginn der Tagung endgültig auf den 30. November festgesetzt. Die Frauenkonferenz beginnt bereits am 29. November.

Bankrott in Oberschlesien.

Höring muß endlich zurücktreten.

Berlin, 21. November.

Es. T. B. teilt mit: Auf Veranlassung des Reichs- und Staatskommissars Höring fand heute im Ministerium des Innern eine Sitzung unter Vorsitz des Ministers statt. An dieser Sitzung nahmen teil: die Oberpräsidenten von Ober- und Niederschlesien, der Regierungspräsident von Breslau, der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung, sowie Reichskommissar Höring. Ferner waren vertreten das künftige Amt und mehrere andere Reichs- und Staatsbehörden.

Reichskommissar Höring legte die Lage in Schlesien dar und leitete seine Darlegungen in folgenden Sätzen an: „In einer Konferenz der Parteiführer aller Parteien in Oberschlesien, die am 14. November in Breslau stattfand, hat, nach meiner Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Oberschlesien kritisiert und einstimmig als nicht mehr am Platze bezeichnet worden. Dieser Ansicht folgend, beantrage ich, den Belagerungszustand in Schlesien aufzuheben.“

Es folgte eine sehr lange und ausgiebige Besprechung, in der man zu dem Ergebnis kam, daß der Belagerungszustand in Schlesien nicht aufgehoben werden könne. Die politische Lage ist zu unklar, als daß er aber mit Rücksicht auf die politische Lage aufgehoben werden könne.

Während diese Ansicht feststeht, gab Reichskommissar Höring folgende Erklärung ab: „Nachdem mein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes hier keine Zustimmung fand, eine Ansicht, die ich sehr wohl zu würdigen weiß, kommt die meine Partei und mich in Frage, ob mit meinem Namen der Belagerungszustand weiter gedeckt werden kann. Meine Freunde und ich glauben, dies verneinen und die weitere Verantwortung überlassen zu müssen, die mit meinen Maßnahmen nicht übereinstimmen und sind. Aus diesem Grunde werde ich bei Reichs- und Staatsregierung meine Dienstentlassung beantragen.“

Aus dieser Meldung geht das hervor, was wir schon seit Monaten vorausgesagt haben, und was inzwischen durch die Gemeindevorhaben bestätigt worden ist: die Politik der Regierung und ihres Höring in Oberschlesien hat einen vollen Bankrott erlitten. Sämtliche Parteien in Oberschlesien haben sich der Auffassung angeschlossen, daß nur durch die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes überhaupt noch etwas für Deutschland zu retten ist. Die Regierung aber will diesen offensichtlichen Bankrott noch immer verschleiern. Sie denkt nicht daran, die Konsequenzen aus der bisherigen Entwicklung zu ziehen und endlich die staatsbürgerlichen Freiheiten in Oberschlesien herzustellen.

Man erkennt an dieser Meldung, wie schwer es Herrn Höring geworden ist, von seinem Posten zu scheiden. Erst war er für den Belagerungszustand, dann hat er sich den Ansichten der ober-schlesischen Parteiführer fügen und die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragen müssen, nun aber bleibt ihm nichts anderes übrig, als zurückzutreten. Was will die Regierung jetzt tun? Hat sie die Absicht, die Lage in Oberschlesien noch mehr zu verschlimmern und den Verlust dieses für unser Wirtschaftsleben so wichtigen Gebietes zu einer unabwendbaren Tatsache zu machen?

Wilhelm kommt doch vor Gericht!

London, 21. November.

Die „Daily Telegraph“ meldet, sind die juristischen Berater der Krone gegenwärtig damit beschäftigt, die Vorbereitungen für die Aburteilung des vormaligen Deutschen Kaisers zu treffen.

Deutschösterreichs furchtbare Not.

Ein Aufruf an das Gewissen der Welt.

Wien, 21. November.

Die furchtbare Kohlen- und Ernährungsnot bildet das Hauptthema der Presse. Die Schuld an der trostlosen Lage messen die Blätter dem Friedensvertrag von St. Germain und der Stilllegung der Entente gegenüber Österreich zu, deren tiefste Vertretungen fortgesetzt Hilfe versprechen, die Versprechungen aber nicht verwirklichen. Diese Enttäuschung veranlaßt die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter, für unmittelbare wirtschaftliche Verhandlungen mit den Nationalstaaten einzutreten. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt dagegen: Schuld an unserer Not sind jene, welche die Mehrheit unseres Volkes mit dem Irrwahn bedingt haben, durch den Verzicht auf die staatliche Bereinigung mit dem großdeutschen Mutterlande wirtschaftliche Vorteile erschleichen zu wollen.

In der gestrigen Sitzung der österreichischen Nationalversammlung, in der ein außerordentlicher Zweimilliardenkredit angenommen wurde, schilberte Staatssekretär Dr. Renner die entsetzliche Lage, in der sich Bevölkerung und Staatswesen befinden. In einer Stadt mit mehr als 2 Millionen Einwohnern sitzen große Massen des arbeitenden Volkes, aber auch der gesamte Mittelstand, Künstler und Gelehrte, in hilfloser Stube hungernd und frierend, einer Stadt, in der das Straßenbahnwesen und die Beleuchtung täglich stillzustehen droht. Niemand weiß, ob unter diesen Umständen der Winter des Entsetzens von den Millionen Einwohnern überlebt werden kann. In den Städten und Industrieorten Steiermarks kann schon seit Tagen kein Brot ausgegeben werden. Tirol und Salzburg sind ohne genügende Vorräte. In den Ländern unseres Staates versagt die Kohlenversorgung vollständig. „Wir sehen die wachsende Zahl der Leichenbegängnisse“, fuhr Renner fort, „die sich mehrende Zahl der Kindergräber, wir sehen, wie sich entsetzliches Sterben eines ganzen Gemeinwesens ankündigt. In dieser Lage will die Staatsregierung die Nationalversammlung um sich scharen, um mit den Abgeordneten gemeinsam das Gewissen unserer Nachbarn und das Gewissen der ganzen Welt wahrzurufen.“

Die Reaktion.

Die Reaktion, die in Deutschland so gewaltig ihr Haupt erhoben hat, daß selbst die Rechtssozialisten diese Gefahr nicht mehr ableugnen können, ist eine Erscheinung, die nicht über Nacht entstanden ist. Sie war nur in den ersten Wochen der Revolution, als die Arbeiter- und Soldatenräte tatsächlich die Inhaber der öffentlichen Gewalt waren, zum Stillstehen genötigt. Und es gewann damals fast den Anschein, als ob ihre Träger, die sich aus Furcht vor einer Abrechnung in die Mauelöcher verfrachten hatten, nie mehr vor die breite Öffentlichkeit treten und das Volk in ihrem Sinne beeinflussen würden. Soweit sie überhaupt das Wort ergriffen, stellten sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und betonten in ihrer Presse, daß sie hinter der Regierung Ebert-Doase stünden.

Die Situation änderte sich von dem Augenblick ab, als die Unabhängigen aus der Regierung austraten und Ebert-Scheidemann-Roske die alleinigen Machthaber in Deutschland wurden. Die Januar-Ereignisse, die hier in unheilvoller Verblendung befangenen Gesellschaft den Gedanken eingaben, die alle Offizierskaste wieder herbeizurufen, damit sie im Verein mit Studenten und Söhnen der Bourgeoisie die Arbeiter niederhielten, die sich von der Regierung betrogen sahen und in den Strohen Berlins laut und deutlich ihre Forderungen erhoben, waren es, die der Reaktion den Mut stärkten. Sie wußte jetzt, daß sie von der Regierung Ebert-Scheidemann gebraucht wurde, und die Hilfe, die sie ihnen im Kampf gegen die Arbeiter leistete, sollte sich bezahlt machen. Während der „Vorwärts“ damals in überschwenglichen Tönen die „republikanischen Krieger“ bejubelte, die Berlin von einer angeblichen Gewalt Herrschaft befreit und den Sieg der Demokratie gesichert hätten, sohen die revolutionären Arbeiter und Soldaten mit klarem Blick die ungeheure Gefahr herannahen, ja selbst bei einem Teil der rechtssozialistischen Arbeiter begann es zu dämmern und sie warteten die Regierung, auf dem bestrittenen Wege weiter zu gehen. Das Volksratsmitglied Prutz vom 15. Januar, das in der Sitzung des Soldatenrats vom 15. Januar, das was gegenwärtig in Berlin vorgehe, die Errungenschaften der Revolution ernsthaft in Frage stellte. In der Generalität, die die Befehls-gewalt an sich gerissen habe, herrsche ein Geist, der schärfer zu bekämpfen sei als die Gewalttaten der Spartaner. Und die Demosion der Bürger, Studenten und Offiziere bei einer gleichzeitigen Entlassung der Arbeiterschaft sei eine Schamlosigkeit.

Die Regierung ließ sich durch derartige Einwände nicht belehren. Die Entwaffnung der Arbeiter wurde systematisch durchgeführt, die Inseratenseiten der Presse füllten sich mit Aufrufen an die zuverlässige Bevölkerung, zu den Waffen zu greifen und das Vaterland vor dem „inneren Feind“ zu schützen. Die Willkürherrschaft kam wieder ans Ruder, und sie war es, die das Erstarken der Reaktion ermöglichte. Mit dreierlei Sinnen konnte nunmehr die „Arbeiterzeitung“ verkünden, nicht nur mit den Unabhängigen und Spartanern aufzuräumen, sondern auch das Licht mit Ebert-Scheidemann zu zerschneiden zu wollen. Die „Deutsche Zeitung“ aber, das Organ der Schwerindustrie, ging noch weiter. Sie maß dem ungeheuren Gewinn,

Am Sonntag, den 23. November, vormittags 11 Uhr:

Große öffentl. Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Gezelligkeitshaus, Engelufer 15. Schulaula, Reichenerger Str. 57. Schulaula, Köpenicker Str. 51. Brauerei, Fiedrichstr. 1.

Häcker's Hof, Admiralstr. 18c. Turnhalle, Müllerstr. 18. Schulaula, Altes Hof, Hofenstraße.

Storkow: Rathenhotel, Giesede. Spandau: Stollberg, Konzerthaus, Klosterstr. 19-15. Flössensee: Klostergarten, Schiffbauerdamm am Jungfernstieg.

Tagesordnung:

Gegen monarchistische Reaktion, Militarismus und Belagerungszustand.

Bereder: Andrek, Krendsee, Baron, Braunschaf, Dreifeld, Crispian, Flege, Fischer, Freund, Eichhorn, Eichler, Harnisch, Dr. Herz, Hebler, Hoffmann...

Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Waffen! Macht diese Versammlungen zu mächtigen Kundgebungen gegen die Reaktion.

S. U.: Hermann Müller.

Theater und Vergnügungen. Volkshühne. Opernhaus. Schauspielhaus. Königsgrätzer Straße.

Rose-Theater. Casino-Theater. Apollo-Theater. Königstadt-Theater. Walhalla-Theater. Circus Busch. Sinfonie.

RICHARD OSWALD LICHTSPIELE. Internationale Boxkämpfe. Unheimliche Geschichten. SCHAUSBURG. Der Ritualmord.

Wintergarten. Möbel gegen bar. Möbel-Cohn. Einzelverkauf.

Stoffe. Konfektion. C. Pelz. Herrenkleidung. Julius Fabian.

Schuhhaus Stiefelkönig. Platin-Gold-Silber. Metallkontor. Möbel auf Kredit.

Groß-Berlin.

Die Schließung der Weeliger Heilstätte.

Eine Nachricht, die in weiten Kreisen großes Aufsehen erregte, kommt aus Weelitz. Den in der Heilstätte verweilenden Patienten ist mitgeteilt worden, daß sie dieselbe verlassen müßten, da die Heilstätte geschlossen werden müßte.

Zur Beamtenbesoldungsreform in Berlin.

Der Magistrat hat gestern die Beratungen über die Reform der Beamtengehälter soweit gefördert, daß nach im nächsten Woche die Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung abgehen wird.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Das Manuskript übertrug von Hermynia Zur Mühlen. Dies schien wenigstens Jimmie so, da er noch von den gebildeten Reden erfüllt war.

Wohnung mit Kost oder nur Kost — erhalten. Außerdem wird für jedes Kind ein Zuschlag in Höhe von 600 Mark jährlich gewährt.

Eine Volkerversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Niederbarnim nahm am Donnerstag Stellung zu der weiteren Finanzierung der Heilstätte.

Eine Volkerversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Niederbarnim nahm am Donnerstag Stellung zu der weiteren Finanzierung der Heilstätte.

Bürgermeisterwahl und Wahl der Stadträte in Neukölln. In der gestrigen Neuköllner Stadtverordnetenversammlung wurden als Bürgermeister der „Vorwärts“-Kandidat Alfred Scholz und als Stadträte...

Winterversicherung für kriegshinterbliebene Witwen, Soldaten und Eltern, die bereits Rente beziehen (vorläufig ausgenommen uneheliche Kinder).

Große Aufregung ries in den gestrigen Abendstunden eine Streife der Kriminalpolizei nach Verbrechen in der Friedrichstraße hervor.

und Mädchen beim Tanz, als die Polizei einbrach und jede einzelne Person aufforderte, sich auszuweisen.

Die Verhaftung der Schulamtskassen, welche die beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Rathaus beantragt haben, hat ein zur Vorbereitung dieser Materie eingehendes Ausschuss beschloffen.

Wegen fahrlässiger Gefangenenerleichterung hatten sich gestern die Gefangenenausschreiber Walter und Klippel vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Ein Opfer des Schneeeis. Als gestern vormittag die Pförtnerin Rosalie Krehenfeld aus der Wankelstraße 20 auf dem Hofe damit beschäftigt war, diesen vom Schnee zu säubern...

Programmkommision. Heute vormittag 10 Uhr Sitzung im Abgeordnetenhaus, Zimmer 7. — Sedel.

Der Hilfverein deutscher Frauen in Glogerstraße in den vereinigten Staaten von Nordamerika hat gestern in einem an den Magistrat gerichteten Schreiben die Übersendung eines Betrages von 1100 Mark mitgeteilt.

Volkszählungsergebnis in Neukölln. Nach der amtlichen Zusammenstellung des statistischen Amtes der Stadt Neukölln wurden in Neukölln 121.767 männliche und 139.782 weibliche, zusammen 261.549 ortsbewohnende Personen gezählt.

Die Volkshochschule Wilmersdorf veranstaltet am kommenden Sonntag, den 23. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Sibelius-Luisenstraße, Köpenicker Straße, Ecke Hohenstraße, ihren vierten Volksabend.

Riederschneeweibe. Die öffentliche Versammlung am Sonntag in der „Lorelei“ beginnt bereits um 10 Uhr.

Diegen geblieben ist am Sonnabend, den 13. November, nachmittags, im Stadtbahngänge Schönhauser Allee-Treppenturm im letzten Wagen 2. Klasse ein Photographie-Apparat mit Holzkasten.

Kleidergeschäft Der Volkseinkauf findet auf No. 106 der Lebensmittelmärkte statt.

Lebensmittellisten.

Brot. Die Milchlieferung am Sonnabend, den 22. d. Mts. in diesem wie die von Freitag, den 21. November. — Die Mittwoch, den 18. November wird an diesem Tage...

Dreizehntes Kapitel.

Jimmie entgeht dem Verderben.

Krieg oder Friede, die Erde muß gepflügt, das Getreide gesät werden. John Cutter suchte seinen Mieter auf und schlug ihm vor, wieder zur Arbeit zu kommen.

Jimmie willigte schließlich ein, sich zumindest hier auf dem Lande ein Schloß vor den Mund zu legen.

Dennoch wollte er nicht. Um Mitternacht rollten die Räder mit den fertigen Sprengstoffen vorbei, und Jimmies Fenster bebten und klirrten.

Es erwies sich, daß jemand in der Nacht eine Schiene aufgerissen hatte, um den Zug zum Entgleiten zu bringen.

